



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

25. Sitzung (öffentlich)

8. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:04 Uhr bis 12:59 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|-----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 7 |
| 1 | Alleinstellungsmerkmale des Deutschen Roten Kreuzes | 8 |
| | Gespräch mit:
Herrn Dr. Sascha Rolf Lüder, DRK-Landesverband Nordrhein e. V.
Herrn Dr. Hasan Sürgit und Herrn Gerd Diesel, DRK-Landesverband Westfalen-Lippe e. V. | |
| 2 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019) | 17 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3300
Ergänzung | |

Drucksache 17/4100
hier: Einzelplan 07
Vorlage 17/1091
Vorlage 17/1038 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/1235
Vorlage 17/1333

– Einzelberatungen sowie abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss

Die Abstimmung über die Änderungsanträge lfd. Nr. 1 bis 11 erfolgt, die Abstimmungsbeschlüsse sind von der Drucksache 17/4407 zu entnehmen.

Der Einzelplan 07 wird in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD angenommen.

3 Sockelfinanzierung einführen: Für eine ehrliche, auskömmliche und qualitätsfördernde Finanzierung der frühkindlichen Bildung in NRW 28

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1666
Ausschussprotokoll 17/302

Auswertung der Anhörung

4 Fachkraftoffensive in NRW starten! Qualität in der frühkindlichen Bildung steigern! 32

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2549
Ausschussprotokoll 17/367

Der Antrag Drucksache 17/2549 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

5 Konsultation der Monitoring-Stelle der UN BRK in NRW zur Weiterentwicklung der Inklusion unmittelbar in der parlamentarischen Arbeit nutzen 36

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2388
Ausschussprotokoll 17/350
Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Auf Wunsch der Abgeordneten Paul vertagt der Ausschuss einvernehmlich diesen Tagesordnungspunkt.

6 NRW fordert zusätzliche Maßnahmen zur Tabakprävention und den Passivraucherschutz von minderjährigen Kindern in Autos 37

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2555
Ausschussprotokoll 17/387

Der Ausschuss stimmt einvernehmlich zu, die Beratung des Tagesordnungspunkts in die Sitzung am 22. November 2018 zu schieben. Die Abstimmung soll in der darauffolgenden Ausschusssitzung erfolgen.

7 Demokratiefördergesetz 2.0 – Demokratinnen und Demokraten brauchen kontinuierliche Demokratieförderung! 38

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3809

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an einer Anhörung zu beteiligen, sofern der Hauptausschuss eine solche beschließt.

8 Gesetz für einen qualitativ sicheren Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz 39

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3773

Der Ausschuss einigt sich nach kontroverser Debatte darauf, für Mittwoch, den 14.11.2018, 9:30 Uhr, eine Obleuterunde zu terminieren, um den weiteren Beratungsbedarf zu klären.

**9 Für eine menschenwürdige und integrative Unterbringung:
Kommunen stärken – keine Kasernierung von Geflüchteten 42**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3793

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine nachrichtliche Beteiligung an der Anhörung, die der Integrationsausschuss durchführt.

**10 Drohenden Ausbaustopp verhindern – Kommunen bei der Schaffung
von Kita-Plätzen nicht im Regen stehen lassen 44**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3810

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

11 Vereinbarungen mit der Bundesregierung zum „Gute-KITA-Gesetz“ 45

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1334

(Bericht der Landesregierung beantragt von der Fraktion der Grünen mit Schreiben vom 23.10.2018, *siehe Anlage 12*)

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt in die Sitzung des Ausschusses im Januar 2019 zu vertagen mit der Maßgabe eines erneuten Berichts zu diesem Thema.

- 12 „Elternschule“
– Dokumentarfilm über die Arbeit in der Kinder- und Jugendklinik
Gelsenkirchen 46**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1361
- (Bericht der Landesregierung beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 24.10.2018, *siehe Anlage 13*)
- Staatssekretär Andreas Bothe (MKFFI) sichert zu, dem Ausschuss ein Exemplar des Films „Elternschule“ zur Verfügung zu stellen.
- 13 Erste Lehren aus dem Modellprojekt „Digitale Medien in der
frühkindlichen Bildung“ 47**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1359
- (Bericht der Landesregierung beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 26.10.2018, *siehe Anlage 14*)
- Vorsitzender Wolfgang Jörg stellt die Zustimmung seitens der Landesregierung fest, die Ergebnisse des Projekts im Ausschuss vorzustellen.
- 14 Assistierte Reproduktion bei Frauenpaaren 48**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1358
- (Bericht der Landesregierung beantragt von der Fraktion der Grünen mit Schreiben vom 29.10.2018, *siehe Anlage 15*)
- Staatssekretär Andreas Bothe (MKFFI) sichert eine erneute Berichterstattung unter Einbeziehung der Überlegungen der Abgeordneten Paul zu, die voraussichtlich in der Sitzung im Januar 2019 erfolgt.
- 15 Verschiedenes**
- a) Bedarfstermin am 06.12.2018 49**

Der Ausschuss beauftragt die Obleute, vor dem Hintergrund des Anfang Dezember 2018 stattfindenden CDU-Bundesparteitags über die Notwendigkeit und ggf. die Ausgestaltung des Bedarfstermins am 06.12.2018 zu beraten.

b) Umgang mit der Beteiligungsform an Anhörungen**49**

* * *

8 Gesetz für einen qualitativ sicheren Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3773

Vorsitzender Wolfgang Jörg informiert, das Plenum habe den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 10. Oktober 2018 an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen und an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen. Der Gesetzentwurf werde heute erstmals in diesem Ausschuss beraten. Es werde vorgeschlagen, im Falle einer Anhörung von Sachverständigen das bewährte Verfahren durchzuführen.

Marcel Hafke (FDP) regt an, im Zuge eines beschleunigten Verfahrens für die kommende Sitzung Experten zu einem Expertengespräch einzuladen, sodass in der darauffolgenden Sitzung die Abstimmung erfolgen könne. Möglich wäre auch, für eine Anhörung im Dezember eine Sondersitzung anzuberaumen und im Januar eine Beschlussfassung herbeizuführen.

Vorsitzender Wolfgang Jörg gibt zu bedenken, dass die Einladung der Sachverständigen durch den Präsidenten erfolge, die kommende Sitzung aber schon in zwei Wochen sei. Der diesbezügliche Vorschlag sei daher aus organisatorischen Gründen ausgeschlossen.

Marcel Hafke (FDP) spricht sich im Hinblick darauf aus, nächste Woche in einer Ob-leuterunde eine Sondersitzung für Dezember zu planen, in der dann die Anhörung stattfinde.

Vorsitzender Wolfgang Jörg hält fest, dass für nächste Woche eine Ob-leuterunde avisiert werde.

Josefine Paul (GRÜNE) erinnert an die Zustimmung zu einem beschleunigten Verfahren sowie den Verzicht auf die Anhörungsrechte beim Kita-Träger-Rettungspaket. Dieser Vorgehensweise sei damals im Sinne der Kitas und der Kinder einmalig zugestimmt worden.

Jetzt schon wieder mit einem beschleunigten Verfahren um die Ecke zu kommen und schon wieder die parlamentarischen Rechte aushöhlen zu wollen, sei erstaunlich, insbesondere weil nicht erst seit gestern bekannt sei, dass es dieser Überbrückungsfinanzierung bedürfe. Sie sei wenig geneigt, dem zuzustimmen, gleichwohl könne aber eine Diskussion dieser Angelegenheit in der Ob-leuterunde erfolgen.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) stimmt mit den Ausführungen seiner Vorrednerin überein.

Jens Kamieth (CDU) bestätigt, dass beim Kita-Träger-Rettungspaket keine Anhörung stattgefunden habe. Jetzt handele es sich wiederum im Prinzip um eine Fortsetzung des bisher Gehabten, sodass kein Bedarf für eine Anhörung bestehe. Sollte die Opposition eine solche beantragen, gebe es ein Zeitproblem. In der Ob- leuterunde müsste dann ein Weg gefunden werden, um das schnellstmöglich auf den Weg zu bringen.

Vorsitzender Wolfgang Jörg verweist auf die Regelung bzw. den parlamentarischen Brauch, im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren Anhörungen durchzuführen. Das könne ggf. mit Oppositionsrechten durchgesetzt werden. Vorrangig sollte aber in einer Ob- leuterunde ein für alle gangbarer Weg gefunden werden.

Marcel Hafke (FDP) zeigt Verständnis für die Forderung nach einer Anhörung und bittet, sich dann aber streng an der Geschäftsordnung zu orientieren und die dort fest- gelegten Fristen einzuhalten. Zwar gebe es sozusagen noch Luft nach hinten, aller- dings wäre es gut, das Gesetz zügig zu verabschieden, um den Kommunen und den Trägern eine verlässliche Planung zu ermöglichen.

Er schlage vor, sich nächste Woche in einer Ob- leuterunde zu beraten. Des Weiteren sollte die Anhörung innerhalb der einschlägigen Frist stattfinden und die Verwaltung im Anschluss gebeten werden, das Protokoll zeitnah auszuwerten. Im Februar lasse sich dann möglicherweise abstimmen. Vermutlich hätten alle ein Interesse daran, dass die Träger Geld erhielten, gleichwohl ließen sich aber auch noch entsprechende Än- derungsvorschläge einarbeiten. Dieser Verfahrensvorschlag könnte einen Mittelweg darstellen, bei dem beide Seiten ein Stück vorwärts kämen.

Vorsitzender Wolfgang Jörg konstatiert, solange er diesem Ausschuss angehö- re, habe er noch nie erlebt, dass eine Fraktion etwas bewusst habe verschleppen wollen nach dem Motto, auf die Träger komme eine Katastrophe zu, das werde aber in Kauf genommen. – Die Sprecher sollten sich im Vorfeld der Ob- leuterunde, die voraussicht- lich am 15.11.2018 um 15 Uhr stattfinde, noch einmal verständigen bzw. aufeinander zugehen.

Marcel Hafke (FDP) bittet, die Ob- leuterunde auf Mittwoch- oder Donnerstagabend zu legen, weil dieser Termin tagsüber für die regierungstragenden Fraktionen schwierig sei. Eine andere Möglichkeit wäre, am Mittwoch vor der Plenarsitzung um 9 Uhr zu- sammenzukommen.

Vorsitzender Wolfgang Jörg macht darauf aufmerksam, dass für Donnerstag, den 15.11.2018, 10:30 Uhr, ein Gespräch mit der freien Wohlfahrtspflege anberaumt sei. Eine kurze Ob- leuterunde könnte im Anschluss daran stattfinden.

Marcel Hafke (FDP) stellt klar, gemäß den beiden Fraktionsvorständen seien den re- gierungstragenden Fraktionen auch wegen der Einstimmenmehrheit künftig keine Ob- leutegespräche während des Plenums, einem Pflichttermin für Abgeordnete, mehr

möglich. Der Termin für das Gespräch mit der freien Wohlfahrtspflege sei seit geraumer Zeit geplant und werde deshalb noch wahrgenommen.

Der Ausschuss einigt sich nach kontroverser Debatte darauf, für Mittwoch, den 14.11.2018, 9:30 Uhr, eine Obleuterunde zu terminieren, um den weiteren Beratungsbedarf zu klären.

